

02. Dezember 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

heute endet eine Doppelsitzungswoche, die ganz im Zeichen der Generationengerechtigkeit stand. Denn wir werden auch für das Jahr 2017 keine neuen Schulden aufnehmen! Trotzdem wird in allen Bereichen kräftig investiert. Das ist ein gutes Signal! Mehr dazu lesen Sie auf Seite 5.

Die Entwicklung der Türkei ist besorgniserregend und ähnelt bereits stark einer Diktatur. Eine solche Erdogan-Türkei kann und darf niemals Mitglied der Europäischen Union werden, deshalb müssen die Beitrittsverhandlungen umgehend eingestellt werden. Das hat mir auch mein Besuch der NATO Versammlung in Istanbul nochmal deutlich vor Augen geführt. Meinen Bericht dazu lesen Sie auf den Seiten 2-3.

Das Geburtstagskind der Woche ist unsere Bayerische Verfassung. Gestern vor 70 Jahren wurde sie durch Volksabstimmung angenommen. Seitdem ist sie nicht nur unser Rechtsrahmen in Bayern sondern sie drückt unsere bayerische Identität aus. Sie ist zudem ein Instrument der lebendigen Demokratie in der der Bürger im Mittelpunkt steht! Herzlichen Glückwunsch!

Ich wünsche Ihnen ein schönes zweites Adventswochenende und genieße Sie unbesorgt die Zeit auf unseren schönen bayerischen Christkindlmärkten.

Herzliche Grüße

Ihre



Julia Obermeier

Mitglied des Deutschen Bundestages

Neues aus dem Netz



Julia Obermeier

1. Dezember

Artikel 1 BayVerf: „Bayern ist ein Freistaat. Die Landesfarben sind Weiß und Blau“



Julia Obermeier hier: [Julius-Leber Kaserne](#).

30. November

Wir reden immer über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, aber unsere Streitkräfte leisten auch bei der Katastrophenhilfe in Deutschland Großartiges! Mit Generalmajor Jürgen Knappe, dem Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben, und seinen Mitarbeitern tauschte ich mich in der Julius-Leber-Kaserne u.a. über die Fluthilfe im niederbayerischen Simbach am Inn sowie den großen Kraftakt der Flüchtlingshilfe aus und besichtigte die Operationszentrale.





Türkei handelt gegen die Werte der NATO – Beitrittsverhandlungen abbrechen!

Julia Obermeier MdB: „Die Türkei ist weiter von der EU entfernt denn je.“



Mein Statement in der Tagesschau zur NATO-Versammlung in der Türkei: <http://bit.ly/2qD7yX4>

Die **EU-Parlamentarier** wollen fraktionsübergreifend die **Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen**.

Die Türkei ist aber auch **NATO Mitglied**. Deshalb haben wir auch – bei der NATO Versammlung in Istanbul – daran erinnert, auf welchem **Wertefundament** unser Verteidigungsbündnis gebaut ist.

Als **Mitglied der deutschen Delegation** nahm ich an der Tagung teil und mein **Bild vom aktuellen Kurs der Türkei hat sich bestätigt**: Präsident Recep Tayyip Erdogan versucht mit allen Mitteln, seine **machtpolitischen Ziele** durchzusetzen. Durch seine Politik driftet die Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch mehr und mehr in **Richtung Diktatur**.

Fragen wurden ignoriert

Die türkischen Außen- und Justizminister, Mevlüt Çavuşoğlu und Bekir Bozdağ, zeichneten in ihren Vorträgen und in der Diskussion ein **extrem geschöntes Bild** des Handelns ihrer Regierung. Jedoch sprachen wir NATO-Parlamentarier

die **beobachteten Misstände in der Türkei offen an und erinnerten an die Werte**, auf denen unsere Verteidigungsallianz aufbaut. Diese Kritik wurde von den türkischen Ministern **abgeschmettert**. Unliebsame Fragen wurden ignoriert oder umgangen.

Druck auf die Presse

Bei Gesprächen am Rande der Tagung wurde mir die **prekäre Situation der elementaren Grundrechte**, wie der Meinungs- und Pressefreiheit, deutlich vor Augen geführt: Die türkische Regierung übt Druck auf die Presse aus. **Mehr als 100 Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Fernseh- und Radiostationen sind verboten worden**. Durch **strenge Internetgesetze** können zudem kritische Internetseiten blockiert werden. Laut Reporter ohne Grenzen sind aktuell **mindestens 41 Journalisten inhaftiert**. Hierdurch können die Medien ihrer Rolle als Wächter der Demokratie nicht mehr gerecht werden.

Opposition wird bekämpft

Unter den **Repressalien** leidet auch die politische Opposition: Aktuell befinden sich elf demokratisch gewählte HDP-Abgeordnete, darunter beide Parteivorsitzenden, **in Haft**. In Istanbul berichtete uns ein Abgeordneter der **pro-kurdischen Partei HDP**, Ziya Pir, dass er nachts um halb zwei **von 50 schwer bewaffneten Polizeikräften** aus seinem Haus geholt, auf der Polizeiwache **verhört und festgehalten wurde**. Als Grundlage für seine Festnahme dienten Auszüge aus öffentlich gehaltenen Reden. Der Abgeordnete forderte **Selbstverwaltung für die Kurden**. Diese Forderung findet sich allerdings auch in der Satzung der HDP, die



– noch **vor** dem Putschversuch – einer strengen gesetzlichen Reglementierung folgend verfasst und von einem türkischen Ministerium geprüft wurde.

Da die PKK diese Forderung ebenfalls erhebt, wurde dies jetzt als Beleg für die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gewertet und als **Vorwand** für die Festnahme des Abgeordneten genutzt.

Bild: Parlamentarische Versammlung der NATO



Für Deutschland vor Ort in der Türkei: Prof. Dr. Karl A. Lamers MdB und Julia Obermeier MdB

Der Rechtsstaat ist ausgehebelt

Auch Anhänger der **Gülen-Bewegung** werden **massiv verfolgt**. Laut der Regierung in Ankara stehen sie hinter dem Putschversuch. Es wurden **110.000 Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Lehrer, Professoren, Dozenten, Beamte und Militärangehörige entlassen**, die der Bewegung nahe stehen sollen. Einen Tag nach dem Ende der NATO-Tagung ordnete **Präsident Erdogan weitere 10.000 Entlassungen an. 30.000 Menschen sitzen im Gefängnis**. Der Rechtsstaat ist durch den erklärten Notstand ausgehebelt.

Die türkischen Vertreter warnten die NATO-Partner in Istanbul vor der Bedrohung durch die Gülen-Bewegung, die die Türkei als Terrororganisation einstuft. Doch auch wenn Teile des von Gülen vertretenen Gedankenguts nicht mit unserer demokratischen Grundordnung in Einklang stehen, gibt es derzeit keine Belege dafür, dass die Gülen-Bewegung in Deutschland gesetzeswidrig oder verfassungsfeindlich agiert.

Die Kommunikation der türkischen Regierungsvertreter **erinnert mich an meinen letzten Besuch in Moskau**. Dazu passt auch ein

Gespräch, das ich im Flugzeug mit einem deutschen Geschäftsmann mit türkischen Wurzeln führte. Er hat das **Narrativ Erdogans verinnerlicht**. Der Akademiker mit gutem Job vertrat

die Meinung, dass die **deutsche Presse ein verzerrtes Bild der Politik von Präsident Erdogan verbreite**. Die Gülen-Anhänger würden tatsächlich Gehirnwäsche betreiben und seien Terroristen. Er habe zudem da-

von gehört, dass man in manchen Dörfern die Menschen mit Waffengewalt gezwungen habe, HDP zu wählen. Seiner Ansicht nach sei es daher richtig, dass die HDP-Abgeordneten nun ins Gefängnis kämen. Außerdem habe Präsident Erdogan viel für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei getan und sei nicht umsonst mit so hoher Zustimmung gewählt worden. Dieses Beispiel zeigt, **dass die Türkei Russland mit Blick auf Propaganda in Nichts nachsteht!**

Klar ist für mich nach meinem Besuch in Istanbul: **Die Türkei ist weiter von der EU entfernt denn je. Die Beitrittsverhandlungen müssen umgehend ausgesetzt werden**. Auch müssen die NATO-Mitglieder **an einem Strang ziehen**, denn die Allianz ist nicht nur eine Verteidigungsgemeinschaft, sondern auch eine **Wertegemeinschaft**. Wenn die türkische Regierung unter Präsident Erdogan so fragwürdig mit den gemeinsamen westlichen Werten umgeht, müssen die Partnerländer, müssen wir in Deutschland, auch die Frage diskutieren, **welchen Platz die Türkei zukünftig in der NATO haben soll!**

Dieser Beitrag erschien auch im Bayernkurier:

<https://www.bayernkurier.de/ausland/19750-gegen-die-werte-der-nato>



Stärkung der NATO

Julia Obermeier MdB spricht sich für die NATO-Mitgliedschaft Montenegros aus.

„Wir erleben eine Welt im Wandel. Die NATO steht sowohl als Verteidigungs- als auch als Wertegemeinschaft vor vielen Herausforderungen. Mit Montenegro erhält die NATO bald ihr 29. Mitglied. Dass die NATO wächst und ihre Tür offen bleibt, stärkt die NATO und stärkt die Werte auf der die NATO aufbaut“, so Obermeier.

Die NATO hat aktuell **28 Mitglieder**, die sich **souverän** und aus **freien Stücken** für ihre Zugehörigkeit zur Allianz entschieden haben. Grundlage für die NATO-Mitgliedschaft ist der **Respekt vor der Verfassung**, dem **Rechtsstaat** und den **Grundfreiheiten**. Montenegro hat im Mai das NATO-Beitrittsprotokoll unterzeichnet und schließt sich den freien demokratischen Staaten an.

Obermeier erläuterte, warum die NATO Montenegro aufnimmt: *„**Militärisch hat das kleine Land mit etwa 620.000 Einwohnern nur überschaubare Fähigkeiten und Ressourcen:***

Die Armee bestehend aus Heer, Marine und Luftwaffe hat etwa 2.000 Soldaten und verfügt beispielsweise über 16 Transportpanzer, 15 Mehrzweckhubschrauber und 5 Patrouillenboote. Der Verteidigungsetat beträgt 42 Millionen Euro. Auch kämpft Montenegro mit wirtschaftlichen Problemen, Korruption und organisierter Kriminalität.

Allerdings ist es auch ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region. Auch bekräftigt es mit

dem NATO-Beitritt, dass es zur euro-atlantischen Gemeinschaft gehört.“



Meine Rede dazu finden Sie hier:

<http://bit.ly/2gHYIMX>

„Gerade angesichts der langwierigen Annäherung des Westbalkans an die EU, ist die Aufnahme Montenegros in die NATO ein wichtiges politisches Signal. Wir machen damit deutlich: ‚Wer sich zu unseren Werten bekennt, kann Teil der Gemeinschaft werden‘. Dieses Signal

schwächt zugleich den langen Arm Putins, der sich mehr und mehr nach den vermeintlichen ‚Bruderstaaten‘ des Westbalkans auszubreiten versucht“, betonte die Verteidigungspolitiklerin weiter.

Angesichts der **besorgniserregenden Entwicklungen im NATO-Mitgliedstaat Türkei** machte Obermeier deutlich: *„**Wir Parlamentarier werden nicht müde, immer wieder an diese Wert zu erinnern, wie wir dies auch auf der Tagung des NATO-Parlaments in Istanbul vor zwei Wochen getan haben.**“*

Kommende Woche tagt das NATO-Parlament zudem in Washington. *„**Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA müssen wir uns in Europa unserer internationalen Verantwortung stellen und bereit sein, mehr Lasten zu tragen. Hier müssen wir nicht nur mehr Geld ausgeben, sondern die Mittel auch wirksamer einsetzen als bisher. Aber die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht keinesfalls im Widerspruch, sondern in der Ergänzung zur NATO. Angesichts der vielen internationalen Krisen und Konflikte brauchen wir ein starkes Europa und eine starke NATO.**“*



Bundeshaushalt 2017 – Wahlversprechen gehalten

Keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen



Julia Obermeier MdB: „*Es ist richtig und wichtig, dass wir der aktuellen Gefahrensituation für Deutschland gerecht werden und auch im Haushalt 2017 vermehrt in unsere Sicherheitsinstitutionen investieren.*“

Unsere Wahlversprechen, einen ausgeglichenen Haushalt zu gestalten, halten wir weiter ohne jeden Abstrich ein. Die schwarze Null steht bereits im vierten Jahr in Folge, und es gab **keine Steuererhöhungen**. Wir konnten sogar beginnen, Schulden zu tilgen. Das ist Generationengerechtigkeit!

Mit dem Bundeshaushalt 2017 stärken wir unseren Staat in den **Bereichen innere und äußere Sicherheit**. Wir werden unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) massiv um **mehr als 10.000 zusätzliche Stellen** bis zum Jahr 2020 verstärken.

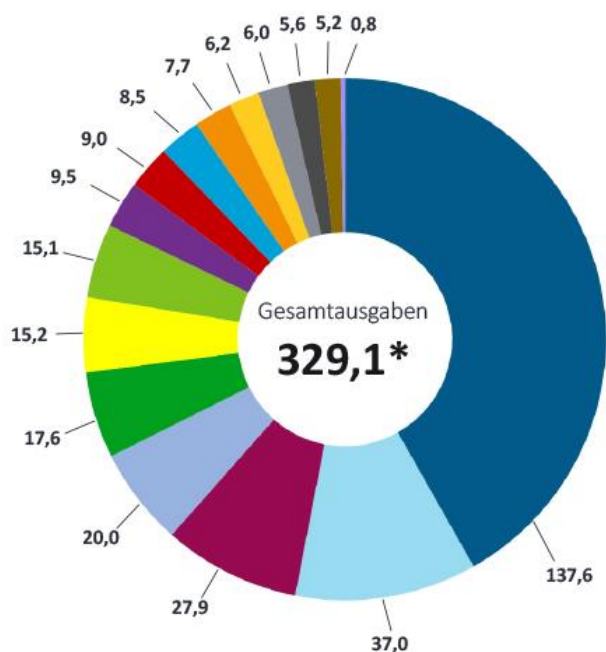
Der **Verteidigungshaushalt** erhöht sich um insgesamt **2,7 Milliarden Euro** gegenüber dem Vorjahr, auf knapp **37 Milliarden Euro**.

Überdies konnten wir durch Umschichtungen die Investitionen um fast **2,8 Milliarden Euro** auf gut **36 Milliarden Euro** anheben. Dieser Handlungsspielraum ist das Ergebnis unserer klaren Haushaltspolitik, die vielfältigen Widerständen Stand gehalten hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht geschlossen hinter Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Selbst die **umfangreichen flüchtlingsbedingten Kosten** können wir ohne Neuverschuldung bewältigen. Niemand muss deshalb Einschränkungen hinnehmen. Im Gegenteil: Neben der Anhebung der **Investitionsquote auf nunmehr 11 Prozent** und den umfangreichen Bundesmitteln für Kultur konnten wir auch **Entlastungen bei der Einkommensteuer** auf den Weg bringen.

Bundeshaushalt 2017

Ausgaben nach Einzelplänen (in Mrd. Euro)



Stand: November 2016

* Zahlen wurden auf die erste Nachkommastelle gerundet. Abweichungen entstehen durch Rundungsdifferenzen.

© Bundesministerium der Finanzen



Das Parlament in Kürze:



Wir sorgen für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt

Bei der Debatte um die Rente orientieren wir uns an den Fakten: **Dank der guten Konjunktur bleibt das Rentenniveau bis 2020 stabil bei 48 Prozent** und sinkt danach weniger stark als erwartet. Die Rentenanpassung in diesem Jahr war die **höchste seit über 20 Jahren**. Der Beitragssatz ist heute auf dem Niveau von 1989. Die Entwicklung ist wesentlich günstiger verlaufen als dies zur Zeit der letzten Anpassung des Rahmens der Rentenversicherung prognostiziert worden war. Wir müssen jetzt alles daran setzen, dass es so positiv weiter geht. In der letzten Woche haben wir im Koalitionsausschuss wichtige Vereinbarungen zur Rente getroffen.

Die 2018 einsetzende schrittweise kommende Gleichbehandlung der ost- und westdeutschen Rentner bis 2025 können wir stemmen. Das ist ein wichtiger Baustein bei der **Vollendung der inneren Einheit**. Positiv ist auch die erneute Verbesserung für aus gesundheitlichen Gründen früh ausscheidende Erwerbsgeminderte, die künftig so behandelt werden, als hätten sie bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet. Das ist eine große soziale Leistung, auf die wir stolz sein können. Zudem **stärken wir die betriebliche Altersversorgung**, um diesen Pfeiler der Alterssicherung attraktiver zu machen. Auch werden wir weiter **für den dritten Rentenkpunkt bei der Mütterrente kämpfen**.

Einigung beim Bundesteilhabegesetz

Ein anderes wichtiges sozialpolitisches Vorhaben betrifft Menschen mit Beeinträchtigungen: Wir haben in dieser Woche das Leistungsrecht für Menschen mit Behinderungen reformiert.

Wir schaffen mit dem neuen Bundesteilhabegesetz eine gute neue Grundlage für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. **Menschen mit Behinderungen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft**. Daher haben wir im parlamentarischen Verfahren dafür gesorgt, dass viele **Sorgen der Betroffenen ausgeräumt werden**: Wir erhöhen den **Vermögensschonbetrag** (Ansparmöglichkeit) von 2.600 auf rund 5.000 Euro und zudem wird das **Arbeitsförderungsgeld** von bisher 26 Euro auf künftig 52 Euro verdoppelt.

Bundesverkehrswegeplan verabschiedet

Mit rund **1.350 einzelnen Straßenvorhaben** und einem noch einmal **auf rund 270 Milliarden Euro erhöhtem Gesamtvolumen bis 2030** beschließen wir einen Bundesverkehrswegeplan, der sich sehen lassen kann. Er berücksichtigt **Straße** (rund 49 Prozent der Mittel), **Schiene** (rund 41 Prozent) und **Wasserstraßen** (etwa 10 Prozent) und legt einen Schwerpunkt auf die **Modernisierung und den Erhalt** der bestehenden Verkehrsinfrastruktur.

Mit der Rekordsumme für die Infrastruktur unterstreichen wir unser klares Bekenntnis zur **Stärkung des Standortes Deutschland** und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Besser noch, alle Verkehrsteilnehmer in Deutschland ziehen ihren Vorteil aus der **Erneuerung und dem Ausbau unserer Verkehrsnetze**.



Solidarität mit Bundeswehrangehörigen

Tausende Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr werden **Weihnachten ohne ihre Familien verbringen**. Sie leisten in Auslandseinsätzen einen **wichtigen und entscheidenden Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Freiheit in unserer Welt**. Sie trennen feindliche Parteien und beschützen die Bevölkerung, errichten Straßen und Brücken, räumen Minen und sorgen für Nahrung und medizinische Versorgung. Ihre Arbeit geschieht oft unter **schwierigen und gefährlichen Bedingungen**.



Ich stehe solidarisch zu unseren Frauen und Männern, die in Uniform ihren **Dienst für unser Land**, weit entfernt von ihrer Heimat, leisten. Deshalb habe ich auch in diesem Jahr wieder **eine Weihnachtsbotschaft an eine Soldatin oder einen Soldaten im Einsatzgebiet** versendet. Im Bundestag habe ich zudem die **„Bänder der Verbundenheit“** unterzeichnet. Dieser weihnachtliche Gruß wurde vom Deutscher Bundeswehrverband (DBWV) und der OASE-Einsatzbetreuung organisiert.

Die Gute Nachricht

Digitales Arbeiten schafft Freiraum fürs Familienleben

Der Wandel der Arbeitswelt hin zu mehr Digitalisierung ermöglicht es berufstätigen Eltern, Arbeits- und Familienleben **flexibler zu gestalten** und so **mehr Zeit für Kinder und Partner** zu finden. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie ermittelte, arbeiten mittlerweile **57 Prozent der Deutschen digital und mobil**. Dies schafft die Möglichkeit, Arbeitszeiten auf die **individuellen Bedürfnisse** der Arbeitnehmer abzustimmen, motiviert diese zusätzlich und macht die Arbeitgeber so attraktiver für



Fachkräfte. Besonders die **stark digitalisierten Unternehmen (75 Prozent)** sind bei der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen sehr flexibel und werden dadurch von ihren Mitarbeitern als **familienfreundlich** wahrgenommen. Aber auch weniger digital arbeitende Firmen schaffen zunehmend Möglichkeiten, um **Beruf und Familie besser zu vereinbaren (60 Prozent)**.

Diese Entwicklungen zeigen die Potentiale, die die Digitalisierung für die Gesellschaft und Arbeitswelt mit sich bringen können.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 990 99
Fax: 089/ 893 991 00
julia.obermeier.wk@bundestag.de



Hier erreichen Sie mich

Meine Website:

www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:



[@Julia Obermeier](https://twitter.com/JuliaObermeier)

Auf Facebook:



[Julia Obermeier](https://www.facebook.com/JuliaObermeier)

Auf Instagram:



[obermeierjulia](https://www.instagram.com/obermeierjulia)

Schreiben Sie mir eine E-Mail:

julia.obermeier@bundestag.de